

Inserate werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Gust. Ad. Schlech, Hofstifterei,  
Dr. Gerberstr. u. Breitestr. Ecke,  
Otto Reichs, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur  
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde  
von 9-11 Uhr Vorm.

Ar. 477

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,  
an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
jährlich 450 M. für die Stadt Posen, für ganz  
Deutschland 5,45 M. Beiträge nehmen alle Ausgabenstellen  
der Zeitung vom Amtsschreiber des Deutschen Reiches an.

## Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern.

Der „Reichsanzeiger“ hat schon vor einigen Tagen eine kurze Inhaltsangabe des Gesetzentwurfs, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern mitgetheilt und den vollständigen Abdruck des Entwurfs in Aussicht gestellt. Der Text des Gesetzentwurfs, sowie die Begründung liegt in der heutigen Nummer des „Reichsanzeigers“ vor. Es ist wohl nicht zufällig, daß die Veröffentlichung in dem Augenblick erfolgt ist, wo der Schluss der Session stattgefunden hat. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

S. 1.

Durch Eintragung der Anerbengutseigenschaft im Grundbuch werden Anerbengüter im Sinne dieses Gesetzes:

1) alle Rentengüter, welche gemäß § 12 des Gesetzes, betreffend die Förderung der Errichtung von Rentengütern, vom 7. Juli 1891 (Gesetz-Sammel. S. 279) durch Vermittelung der General-Kommission begründet sind oder künftig begründet werden, oder nach Maßgabe der §§ 1, 2 oder 10 desselben Gesetzes der Rentenbank rentenpflichtig geworden sind oder künftig werden;

2) alle Rentengüter, welche vom Staat in Gemäßigkeit des Gesetzes über Rentengüter vom 27. Juni 1890 (Gesetz-Sammel. S. 209) begründet sind oder künftig begründet werden;

3) alle Ansiedlergüter, welche nach dem Gesetz, betreffend die Förderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westfalen und Posen, vom 26. April 1886 (Gesetz-Sammel. S. 181) zu Eigentum ausgegeben sind oder künftig ausgegeben werden.

Bei den durch Zulauf gebildeten Rentengütern wird durch Eintragung der Anerbengutseigenschaft im Grundbuche die ganze Stelle Anerbengut im Sinne dieses Gesetzes.

S. 2.

Die Eintragung der Anerbengutseigenschaft im Grundbuch erfolgt auf Ersuchen der zuständigen Behörde.

Zuständig ist für die Güter des § 1

zu Biffer 1: die General-Kommission,

zu Biffer 2: die Behörde, welche den Staat bei Errichtung des Rentengutes vertreten hat,

zu Biffer 3: die Ansiedlungskommission.

Die zuständige Behörde hat die Eintragung von Amtsweisen nachzusehen. Besitzen die im § 1 bezeichneten Güter ausnahmsweise eine wirtschaftliche Selbstständigkeit nicht, oder stehen der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit überwiegende gemeinwirtschaftliche Interessen entgegen, so ist die Eintragung der Anerbengutseigenschaft nicht nachzu suchen.

S. 3.

Jedes Anerbengut erhält ein eigenes Grundbuchblatt nach Formular I der Grundbuchordnung. Die Anerbengutseigenschaft wird in der II. Abteilung eingetragen. Die Vorschrift des § 13 der Grundbuchordnung findet auf die Anerbengüter keine Anwendung.

S. 4.

Auf Antrag des Eigentümers können dem Anerbengute andere Grundstücke als Zubehör zugeschrieben werden. Diese Grundstücke erlangen durch die Zuschriftung Anerbengutseigenschaft.

S. 5.

Die Anerbengutseigenschaft wird durch Löschung im Grundbuch aufgehoben. Die Löschung erfolgt auf Ersuchen der General-Kommission. Diese hat die Löschung nur dann nachzu suchen, wenn das Gut die wirtschaftliche Selbstständigkeit verloren hat, oder der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit überwiegende gemeinwirtschaftliche Interessen entgegenstehen.

S. 6.

Die Bertheilung des Anerbengutes, sowie die Abveräußerung von Theilen desselben kann rechtswirksam nur mit Genehmigung der General-Kommission erfolgen.

Das Gleiche gilt für die Brüderherung im Ganzen. In diesem Falle darf die Genehmigung nur versagt werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die wirtschaftliche Selbstständigkeit des Anerbenguts durch Vereinigung mit einem größeren Gut aufgehoben wird.

Diese Bestimmungen finden nur auf die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes begründeten oder rentenpflichtig gewordenen Rentengüter und Ansiedlergüter Anwendung.

S. 7.

Der Eigentümer, welcher die Abschreibung von Theilen eines Anerbenguts beantragt, hat außer der nach § 6 erforderlichen Genehmigung der General-Kommission deren Erklärung darüber beizubringen, ob mit dem Trennstück die Anerbengutseigenschaft übertragen werden soll. Die Übertragung unterbleibt, wenn die General-Kommission hierin einwilligt. Sie hat ihre Einwilligung zu erklären, wenn das Trennstück eine wirtschaftliche Selbstständigkeit nicht besitzt, oder der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit überwiegende gemeinwirtschaftliche Interessen entgegenstehen.

S. 8.

Von der Eintragung und von der Löschung der Anerbengutseigenschaft, von der die Anerbengutseigenschaft begründenden Abschreibung (§ 4) sowie von jeder Abschreibung (§ 7) ist dem eingetragenen Eigentümer und der Behörde, welche die Eintragung oder Löschung nachgezählt hat, in allen Fällen derjenigen General-Kommission, in deren Bezirk das Anerbengut belegen ist, unverzüglich Kenntnis zu geben.

S. 9.

Das Recht des Eigentümers, über das Anerbengut unter Lebenden und von Todeswegen zu verfügen, wird, unbeschadet der Vorschrift des § 6, durch dieses Gesetz nicht berührt.

S. 10.

Wenn zu einem Nachlass ein Anerbengut gehört, und der Erb-

# Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Donnerstag, 11. Juli.

Inserate werden angenommen  
in den Städten der Provinz Posen  
bei unseren Agenturen, ferner bei  
den Annoncen-Expeditionen  
R. Mosse,  
Haasenstein & Vogler A.-G.,  
G. G. Danbe & Co.,  
Invalidendank.  
Verantwortlich für den Inseraten-  
theil:  
W. Braun in Posen.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

1895

Inserate, die schgespaltene Zeitzeile über deren Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
50 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Erprobition für die  
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

laffer von mehreren Personen beerbt wird, so ist in Ermangelung einer entgegenstehenden Verfügung von Todeswegen Einer der Erben, der Anerbe, berechtigt, bei der Erbtheilung das Anerbengut uestig Zubehör nach Maßgabe der §§ 18 bis 29 zu übernehmen (Anerbenrecht).

Diese Berechtigung steht, unbeschadet der Bestimmung des § 31, nur den Nachkommen und den Geschwistern des Erblassers sowie deren Nachkommen zu.)

S. 11.

In Ermangelung einer Vereinbarung der Beteiligten über die Person des Anerben richtet sich die Reihenfolge, in welcher die Nachkommen des Erblassers zur Übernahme des Anerbenguts berechtigt sind,

im übrigen nach folgenden Grundsätzen:

Leibliche Kinder gehen den Adoptivkindern, ebensgleich den unehelichen vor. Durch nachfolgende Ehe legitimte Kinder stehen den ehelichen gleich. Ferner geht vor der ältere Sohn und dessen Nachkommen männlichen Geschlechts, in Ermangelung von Söhnen oder männlichen Nachkommen solcher die ältere Tochter des älteren Sohnes und deren Nachkommen; falls aber Nachkommen von Söhnen nicht vorhanden sind, die ältere Tochter des Erblassers und deren Nachkommen.

Unter den Nachkommen eines Kindes richtet sich die Berechtigung zur Übernahme des Anerbenguts nach denselben Grundsätzen.

S. 12.

Kinder, welche zur Zeit des Todes des Erblassers entmündigt sind, sowie Kinder, welche vor dem Tode des Erblassers eine rechtsträchtige Verurteilung zu Buchthausstrafe unter gleichzeitiger Abberlehung der bürgerlichen Ehrenrechte erlitten haben, stehen den übrigen Miterben nach.

S. 13.

Gehören zu den Erben Geschwister oder deren Nachkommen, so finden die §§ 11 und 12 entsprechende Anwendung. Vollbürtige Geschwister und deren Nachkommen gehen den halb Bürtigen und deren Nachkommen vor.

S. 14.

Sind mehrere Anerbengüter vorhanden, so finden die vorstehenden Bestimmungen mit folgender Maßgabe Anwendung:

Jeder Erbe kann in der Reihenfolge seiner Verurteilung nach seiner Wahl Ein Anerbengut übernehmen.

Sind mehr Anerbengüter als Berechtigte vorhanden, so wird die Wahl in derselben Reihenfolge wiederholt.

S. 15.

Die Übertragung des Anerbenrechts durch Verfügung unter Lebenden, insbesondere durch Erbschaftsauflauf, ist unzulässig.

Steht der Anerbe, ohne auf das Anerbenrecht verzichtet zu haben, vor der Eintragung seines Eigentums an dem Anerbengut, so treten seine Erben mit der Maßgabe an seine Stelle, daß auf die Theilung unter ihnen die Vorschriften dieses Gesetzes Anwendung finden.

Verzichtet der Anerbe, ohne die Erbschaft auszuschlagen, auf sein Anerbenrecht, so geht dieses auf den nächsten Anerbenberechtigten über.

S. 16.

Die Erklärung des Anerben, von seinem Anerbenrechte keinen Gebrauch machen zu wollen, kann rechtswirksam nur gegenüber dem Nachlassgericht abgegeben werden. Diese Erklärung, sowie die Erklärung, Anerbe sein zu wollen, ist unwiderruflich.

Auf Antrag eines Miterben hat das Nachlassgericht den Anerben unter Mitteilung des Antrages aufzufordern, sich binnen einer bestimmten Frist zu erklären, ob er von seinem Anerbenrecht Gebrauch machen will.

Giebt der Anerbe innerhalb der Frist keine Erklärung ab, so geht das Anerbenrecht auf den nächsten Anerbenberechtigten über. Auf diese Folge ist der Anerbe in der gerichtlichen Aufforderung hinzumessen.

Wenn der Aufenthalt des Anerben unbekannt, oder bei einer im Auslande zu bewirkenden Zustellung die Befolgung der für diese bestehenden Vorschriften unausführbar ist, oder keinen Erfolg verspricht, so kann die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

Die Frist beträgt mindestens zwei Wochen seit der Zustellung der Aufforderung und kann auf Antrag des Anerben, wenn erhebliche Gründe glaubhaft gemacht sind, verlängert werden. Sie wird nach Maßgabe der §§ 199, 200 und 202 Absatz 3 der Zivilprozeßordnung berechnet und endigt nicht vor Ablauf der dem Anerben zustehenden Überlegungsfrist.

Die letztere Bestimmung findet keine Anwendung, wenn die Überlegungsfrist nur auf Antrag gewährt und der Antrag erst nach Ablauf der Erklärungsfrist gestellt wird.

Steht der Anerbe unter Vormundschaft oder Pflegschaft, so bedarf es zur Abgabe der Erklärung, von dem Anerbenrechte keinen Gebrauch machen zu wollen, der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Das Nachlassgericht soll von einer gemäß Abs. 2 erlassenen Aufforderung dem Vormundschaftsgericht unverzüglich Kenntnis geben. Auf Ersuchen des letzteren kann die zur Abgabe der Erklärung bestimmte Frist verlängert werden.

S. 17.

Ist einer der Erben berechtigt, das Anerbengut als Anerbe zu übernehmen, so können bis zur Beendigung der Erbtheilung Verfügungen über das Anerbengut nur von allen Erben gemeinsam getroffen werden. Dem einzelnen Erben steht in diesem Fall ein seiner Verfügung unterliegender Anteil an dem Anerbengut nicht zu.

Diese Beschränkungen kommen, unbeschadet der Bestimmungen des bestehenden Rechts, in Wegfall, sobald alle Anerbenberechtigten auf das Anerbenrecht verzichtet haben.

Die Verwaltung und Bewirtschaftung des Anerbenguts erfolgt für Rechnung desjenigen, der das Gut bei der Erbtheilung als Anerbe übernimmt.

S. 18.

Im Sinne dieses Gesetzes sind Zubehör des Anerbengutes:

1) die mit dem Anerbengut oder mit Theilen des Gutes verbündeten Gerechtigkeiten;  
2) die auf dem Anerbengut vorhandenen Gebäude, Anlagen, Holzungen und Bäume;

3) das Wirtschaftsinventar; es umfaßt: das auf dem Anerbengut vorhandene, für die Wirtschaft erforderliche Vieh, Acker- und Hausgeräth einschließlich des Leinenzeuges und der Bettlen, den vorhandenen Dünger und die für die Bewirtschaftung bis zur nächsten Ernte dienenden Vorräthe an Früchten und sonstigen Erzeugnissen.

S. 19.

Der Anrechnungswert des Anerbenguts nebst Zubehör wird nach folgenden Grundsätzen festgestellt:

Das Anerbengut wird nach dem jährlichen nachhaltigen Nettoertrag geschätzt, den es mit dem Zubehör durch Benutzung als Ganzes bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung und in dem bislangen Kulturstand gewahrt. Die vorhandenen Gebäude und Anlagen sind, insoweit sie zur Wohnung und Bewirtschaftung erforderlich sind, nicht besonders zu schätzen, sonst aber nach dem Wert des Nutzens, welcher durch Vermietung oder auf andere Weise daraus gezogen werden kann, zu veranschlagen. Letzteres gilt insbesondere von Nebenwohnungen sowie von Gebäuden und Anlagen, welche zu besonderen Gewerbebetrieben bestimmt sind. Von dem ermittelten jährlichen Wirtschaftsertrag sind alle dauernd auf dem Anerbengut nebst Zubehör ruhenden Lasten und Abgaben nach ihrem wahrscheinlichen jährlichen Betrage abzuziehen. Kosten und Abgaben, auf welche die Ablösungsgezege Anwendung finden, sind dabei nach deren Vorschriften in eine jährliche Geldrente umzurechnen. Wegen der das Anerbengut belastenden Hypotheken, Grundschulden und dauernden Rente mit Ausnahme derjenigen, welche auf Grund der Ablösungsgezege an die Stelle von Kosten und Abgaben getreten sind, findet ein Abzug nicht statt.

Der übrig bleibende Theil des jährlichen Wirtschaftsertrages wird mit dem 25fachen zu Kapital gerechnet. Von dem hierauf festgestellten Betrage werden die auf dem Anerbengut lastenden vorübergehenden Lasten (Altentheile und dergleichen) mit einem ihrer wahrscheinlichen Dauer entsprechenden Kapital in Abzug gebracht. Tilgungsrenten werden nur insofern abgezogen, als sie auf Grund der Ablösungsgezege an die Stelle von Kosten und Abgaben getreten sind, und alsdann mit demjenigen Kapitalbetrag in Rechnung gestellt, welcher durch die Rentenzahlung noch zu tilgen ist.

Das sich aus dieser Berechnung ergebende Kapital bildet den Anrechnungswert des Anerbenguts.

S. 20.

Bei der Erbtheilung sind die Erbschaftsschulden, einschließlich der das Anerbengut nebst Zubehör belastenden Hypotheken, Grundschulden und der nach § 19 nicht in Abzug gebrachten Rente, auf das außer dem Anerbengut nebst Zubehör vorhandene Vermögen anzurechnen. Zu diesem Zweck sind die dauernden Rente mit dem 25fachen Betrag oder, wenn für den Fall ihrer Ablösung auf Verlangen des Verpflichteten ein höherer Betrag vereinbart ist, mit diesem zu kapitalisieren. Die Tilgungsrenten sind mit den durch die Rentenzahlungen noch zu tilgenden Kapitalbeträgen in Rechnung zu stellen.

Werden die hierauf in Ansatz zu bringenden Erbschaftsschulden durch das außer dem Anerbengut vorhandene Vermögen gedeckt, so erhält der Anerbe ein Dritttheil des Anrechnungswertes als Voraus.

Werden sie durch dieses Vermögen nicht gedeckt, so ist der Mehrbetrag der Erbschaftsschulden von dem Anrechnungswert in Abzug zu bringen, und es erhält von dem verbleibenden Betrage der Anerbe ein Dritttheil als Voraus. In diesem Falle ist der Anerbe den Miterben gegenüber verpflichtet, den vom Anrechnungswert in Abzug gebrachten Mehrbetrag der Erbschaftsschulden als Alleinschuldner zu übernehmen.

S. 21.

Von dem Betrage des Anrechnungswertes, welcher nach Abzug des Voraus und des etwaigen Mehrbetrag der Erbschaftsschulden (§ 20 Abs. 3) übrig bleibt, können die Miterben ihr Vornahmtheile, wenn solche den Betrag von 30 M. im einzelnen übersteigen, nur in fester, ihrerseits unkundbarer Geldrente beanspruchen. Sie können verlangen, daß ihre Erbabsindungsrente auf dem Anerbengut im Grundbuche eingetragen werden.

Die Erbabsindungsrente entspricht dem fünfundzwanzigfachen Theile des den Vornahmtheil ausmachenden Kapitals. Sie läuft vom Todestage des Erblassers an und ist mit Ablauf eines jeden Vierteljahrs seit diesem Tage zahlbar. Der Anerbe und, sofern die Rente im Grundbuche eingetragen ist, auch der Eigentümer des Anerbenguts

a) falls 3½% prozent Rentenbriefe als Abfindung gegeben sind, 5 Prozent.  
b) falls 3 prozent Rentenbriefe gegeben sind, 4½ Proz. des Nennwertes der Rentenbriefe und des zur Ergänzung gegebenen baaren Geldes.

Der Anerke hat die Rentenbankrente von 5 Proz. während einer Tilgungsperiode von 35 Jahren, die Rentenbankrente von 4½ Proz. während einer Tilgungsperiode von 37½ Jahren zu entrichten.

(Schluß folgt.)

## Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

22. Sitzung vom 10. Juli, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschwerte sich Ihr. Durant darüber, daß ihm gestern als Referent das Schlußwort entzogen sei. Der Präsident habe sich noch gestern in einem Schreiben wegen seiner irrthümlichen Auslegung des § 53 der Geschäftsausordnung entschuldigt. Redner bedauert, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, die Angriffe des Regierungsvorstellers, die das Maß des Erlaubten überschritten und vom Vorsitzenden hätten gerügt werden müssen, zurückzuweisen. Nur das Bestreben, die Angelegenheiten des Herrenhauses eingehend und gewissenhaft zu erörtern, habe ihn bewogen, nun schon vier Jahre lang als Berichterstatter über die Petition Sternberg zu fungieren.

Präsident Fürst zu Stolberg bekennt seinen Irrthum; er habe geglaubt, daß nach Schluß der Debatte dem Berichterstatter das Wort ertheilt werden könne, während die Geschäftsausordnung vorschreibt, daß ihm das Wort ertheilt werden müsse. Im übrigen verwahrt sich der Präsident dagegen, daß er Aeußerungen eines Regierungsvorstellers unerwidert gelassen habe, die das Maß des Zulässigen übersteigen.

Die Vorlage, betr. den weiteren Erwerb von thüringischen Eisenbahnen für den Staat und betreffend den Übergang der zum früheren Berlin-Görlitzer Eisenbahnunternehmen gehörigen Strecke Bittau-Nikisch in das Eigentum des sächsischen Staates, sowie der in Folge dessen notwendig werdende Nachtrag setzt zu werden ohne Debatte unverändert angenommen.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Fürst zu Stolberg steht hierauf die übliche Geschäftsausordnung und fährt dann fort: "Es bleibt mir nur übrig, Ihnen für das wohlwollende Entgegenkommen zu danken, das Sie mir erwiesen haben, und ohne welches eine ordnungsmäßige Erledigung unserer Arbeiten nicht möglich ist. Insbesondere danke ich meinen Kollegen im Vorstande für die treue Unterstüzung, die sie mir haben zu Theil werden lassen. Sodann schlage ich Ihnen vor, den Gefühlen der unverbrüchlichen Treue gegen unsern allerbötesten Landesherrn Ausdruck zu geben, indem Sie rufen: Seine Majestät der Kaiser und König, unser allernädigster König und Herr, er lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen dreimal in den Ruf ein.)

Schluß 12 Uhr.

### Schlussfahrt der vereinigten Häuser des Landtags.

2 Uhr.

Der Präsident des Herrenhauses Fürst zu Stolberg übernimmt auf Grund einer Vereinbarung mit dem Präsidium des Abgeordnetenhauses den Vorsitz.

Bizepräsident des Staatsministeriums v. Bötticher: Ich habe dem Landtag eine Allerhöchste Botschaft mitzuteilen. (Die Mitglieder erheben sich.)

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen haben auf Grund des Art. 77 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 den Bizepräsidenten unseres Staatsministeriums, Staatsminister v. Bötticher, beauftragt, die gegenwärtige Session der beiden Häuser des Landtages der Monarchie am 10. Juli d. J. in unserem Namen zu schließen.

Gegeben Kiel an Bord unserer Yacht "Hohenzollern", den 4. Juli 1895.

gez. Wilhelm.

Gegengezeichnet vom gesamten Staatsministerium. Auf Grund der mir ertheilten Allerhöchsten Ermächtigung erlässt ich die Session für geschlossen.

Präsident Fürst zu Stolberg: Se. Majestät der Kaiser, unser allernädigster Herr, lebe hoch. (Die Versammlung stimmt dreimal in den Ruf ein.) Ich schließe die Sitzung.

Schluß 2½ Uhr.

### Deutschland.

Berlin, 10. Juli. [Die Landtagssession.] Eine der längsten Sessions, die der preußische Landtag jemals gehabt hat, ist jetzt endlich abgeschlossen, und wenn man das Ergebnis zieht, so läßt sich schwer eine zweite Session anführen, in der so wenig geleistet worden ist wie in dieser. Nur verhältnismäßig unbedeutende Gesetzentwürfe haben verabschiedet werden können, kleine Verbesserungen an bestehenden Gesetzen, so die Gerichtskostennovelle, die Notaratsnovelle, das Gesetz betreffend die Eisenbahnverpfändungen, die Grundbuchordnung für das ehemalige Kurhessen. Etwa höher zu bewerten sind die Vorlagen betreffend die Centralcreditkasse und die Stempelsteuern. Aber um ihretwillen hätte es einer beinahe sechs Monate langen Session auch nicht bedurft. Diejenigen Vorlagen, die unter den Tisch gefallen sind, bedeuten ihrerseits ebenfalls nicht allzuviel; höchstens war ihre Ablehnung symptomatisch für die Zustände in Preußen, für die ausschlaggebende Stellung der Konservativen, die sich nichts gesessen lassen wollen, was ihren tatsächlichen Vorrechten Abbruch thun könnte. Gefallen sind auf diese Weise die Gesetzentwürfe über die Verpflegungsstationen (dieser schon im Abgeordnetenhaus) und über die ostpreußische Generalkommission (im Herrenhause). Was der Landtagssession ihren auszeichnenden Charakter gegeben hat, ist vor allem, daß das Agrartheum mit ungewöhnlicher Entschiedenheit das Haupt erhoben und die Staatsregierung in eine Defensivstellung hineingetrieben hat, in der es selbst einem Mangel nicht gelungen ist, Niederlagen abzuwehren. Einer der bedeutsamsten Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ist der über die Grundsteuerentschädigungen. Die Regierung wird diesen Beschuß allerdings nicht zum thriegen machen, zum Mindesten ganz bestimmt nicht als bald, aber die ganze Art und Weise, wie sich die Minister zu den Konservativen stellen, bringt ein Moment der Schwäche mit sich; der einzige unter den Ministern, der den Konservativen energischer entgegentreten ist, war seltsamer Weise der Landwirtschaftsminister, dessen Ernennung in jenem Lager

doch so freudig begrüßt worden ist. Aber Herr v. Hammerstein-Lorten ist schließlich doch nur durch sein kompromisslustiges Temperament in die Rolle eines gelegentlichen Gegners der Rechten hineingetrieben worden, und von einem inneren Gegensatz zur konservativen Partei, an den sich ein Gefundungsprozeß knüpfen könnte, ist ernstlich nicht zu sprechen. Die Konservativen brauchen hierauf nicht zu besorgen, daß sie die Partei bei der Regierung verloren haben, weil das Getreideeinfuhrmonopol nicht besteht wird. Der ganze Zuschnitt der Staatspolitik ist nun einmal ein solcher, daß die Regierung trotz der bitterbösen Dinge, die sie sich von den Agrarern sagen lassen muß, nicht aufhört, gerade dieser Richtung zu Gefallen zu sein. Im Grunde genommen kann keine Partei mit Erfriedigung auf die Landtagssession zurückblicken. Zu den Leidtragenden gehört in erster Reihe auch das Centrum. Unter mangelhafter Führung hat es Fehler gemacht und sich mit seinen zwei kirchenpolitischen Vorstrichen, dem Verfassungsantrage und der Interpellation über den Religionsunterricht in den Volksschulen empfindliche Rückweisungen geholt. Neben den überwiegend unerfreulichen Ergebnissen der Session stellen diese Fehlschläge der Centrums-politik immerhin ein paar Dosen in der Wüste allgemeiner Unzulänglichkeit und Unfruchtbarkeit dar.

Die neue Bahnlinie Kallies-Neuwedell-Arnswalde als Fortsetzung der Linie Schneidemühl-Dt.-Krone-Tütz-Kallies wird am 1. August dem Betriebe übergeben werden. Die Linie Neuwedell-Stargard wird voraussichtlich zum 1. Oktober eröffnet werden können. Durch Eröffnung dieser beiden Bahnlinien werden größere Gebietsteile der Provinzen Westpreußen, Pommern und Brandenburg eine bedeutend kürzere und schnellere Bahnverbindung mit der Reichshauptstadt erhalten. Auch wird der Frachtweg von Stettin aus, welcher sich bisher über Kreuz, Schneidemühl etc. lenkt, bedeutend verbilligt werden.

Nachdem das Kirchengesetz vom 13. Juni d. J. betr. die Einführung der erneuerten Agenda für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen, in der Nr. 7 des "Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblattes" veröffentlicht worden ist, sind Zweifel über das Inkrafttreten dieses Gesetzes entstanden. Zu deren Beseitigung theilt die "N. Pr. Blg." mit, daß das Gesetz leineswegs sofort mit der Veröffentlichung in Kraft getreten ist. Eine besondere königliche Verordnung über die Zeit des Inkrafttretens ist in dem Gesetz nicht in Aussicht gestellt; folglich kommt der Schlussatz des § 6 der Generalhynodalordnung hier zur Gelung, wonach das Gesetz mit dem vierzehnten Tage nach demjentigen Tage, an dem das betreffende Stück des "Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblattes" in Berlin ausgegeben worden ist, in Kraft tritt. Da nun die Nr. 7 des genannten Blattes am 27. Juni in Berlin ausgegeben ist, tritt das Kirchengesetz am 11. Juli d. J. in Kraft.

Die "Berl. Kor." theilt mit, in der Angelegenheit des Schutzes der Bauhandwerker gegen Ausbeutung durch gewissenlose Bauunternehmer habe der Reichskanzler Anlaß genommen, im Anschluß an eine im März d. J. im Reichsamt des Innern unter Beteiligung von Vertretern des Reichsjustizamts und mehrerer preußischer Ressorts stattgehabte Beratung das Ersuchen um entsprechende Mittheilungen an die Bundesregierungen zu richten. Gleichzeitig sind die letzteren um eine gutachtliche Neuprüfung darüber gebeten worden, in welcher Form eventuell eine Berücksichtigung der zu Gunsten des Bauhandwerks sich geltend machenden Wünsche für angegangen gehalten werde.

Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht eine kaiserliche Kabinettsordre, worin der Stadt Elbing die Ermächtigung ertheilt wird, den Zinsfuß der Anleihe vom 17. Mai 1892 (im Betrage von 700 000 M.) von 4 auf 3½ Proz. herabzusetzen.

Im Monat Juni betrug die Aussuh von in ländlichem Zufer 740 963 Doppelzentner gegen 529 519 Doppelzentner in 1894.

Wie der "L-A." berichtet, hat der Plan, dem Fürsten Bismarck am Elbucker bei Blankensee einen Riesenendkmal zu errichten, Aussicht auf Verwirklichung. Die in den letzten Tagen in Hamburg-Altona stattgehabten Versammlungen haben eine Einigung über die wesentlichsten Punkte erzielt. Das Standbild soll eine Höhe von 30 Metern erhalten; die Kosten werden voraussichtlich eine Million Mark überschreiten und sollen durch Sammlungen im ganzen Deutschen Reich aufgebracht werden.

### Vermissenes.

Aus der Reichshauptstadt, 10. Juli. Der Arbeitsausschuss der deutschen Kolonialausstellung erläutert eine Bekanntmachung bezüglich der deutschen Kolonialausstellung, in welcher es heißt, die Ausstellung solle ein getreues Bild der deutschen Kolonien und ihrer Einwohnerschaft entfalten. Nach den getroffenen Vorbereitungen und Angesichts der weitgehenden Unterstützung, welche die Reichsregierung, insbesondere das Kolonialamt, sowie die Gouverneure in den Schutzbereichen, wissenschaftliche Gesellschaften etc. dem Unternehmen zugestellt haben, unterliege es keinem Zweifel, daß die deutsche Kolonialausstellung einen ganz herausragenden Anziehungspunkt im Rahmen der Berliner Gewerbeausstellung bilden wird. Prinz Arenberg, Mitglied des Reichstages und Abgeordnetenhaus, sowie der Chef der Colonial-Abteilung Ministerialdirektor Kässler haben das Ehrenpräsidium der Ausstellung übernommen, ebenso ist Major Dr. v. Witzmann im Vorstand als Ehrenmitglied vertreten. Es sind seit geheimer Zeit vorbereitete Schritte gethan, um aus den Kolonien selbst für die Ausstellung die interessantesten Objekte zu erhalten. Die Kolonialausstellung werde den Beweis liefern, daß die Arbeiten auf dem Gebiete deutscher Kolonialaffaires bestrebungen, die zehn Jahre dauerten, nicht ohne Erfolg geblieben sind und eine erfreuliche Fortentwicklung des deutschen Kolonialbesitzes mit Sicherheit hoffen lassen.

Der Urheber des Anschlags auf den Polizeioberst Krause und Verfertiger der "Höllemaschine" soll, wie der "Vorwärts" erfährt, nach Ansicht in maßgebenden Kreisen ein früherer Oberfeuerwerker und späterer Polizeiobeamter sein, der in Berlin in der Sophienstraße wohnte. Aus dem Umstände, daß der Attentatsversucher Oberfeuerwerker war, erkläre es sich, daß die Maschine, welche das Leben des Polizeiobeamten Krause gefährdet sollte, mit einem von großer Sachkenntnis zeugenden Raffinement hergestellt war. Die Ursache des Nachsts konnte der "Vorwärts" nicht erfahren; nur

das eine siehe fest, daß der gewesene Beamte sich mit der Anfertigung der "Höllemaschine" begnügte und daß weitere von seiner Tochter besorgten ließ. Es wird noch hinzugefügt, daß der mutmaßliche Attentäter, nachdem er am Montag in der Presse die Nachricht von der Verfolgung des Attentats gelesen, sich schleunigst aus Berlin entfernt habe und bis jetzt trotz der gewaltigen Anstrengungen der Behörden nicht habe aufgefunden werden können. Dagegen sei die Tochter am Donnerstag ergriffen worden; irgend ein Geständnis habe man aus ihr aber nicht herausgebracht; vielmehr bestreitet sie ganz entschieden, an der Affäre beteiligt zu sein. Eine Lokalkorrespondenz bezeichnet diese ganze Mithaltung des "Vorwärts" als auf Erfindung beruhend. Die Untersuchung habe bis jetzt noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt.

Das die Kanalfeier den Kieler Geschäftsluften trotz deren großer Hürigkeit den erhofften Gewinn nicht gebracht, ist leider unbestreitbar. In einer Versammlung des Bürgervereins in Kiel wurde kürzlich behauptet, die Behörden seien an dem schlechten Ergebnis schuld, da dieselben die fremden Kriegsschiffe aufgefordert hätten, sich vor der Abfahrt mit Proviant zu versorgen. Der Chef der Marine-Intendantur, Geh. Admiraltätsrat H. I. L. E. b. r. a. n. d., erklärt es nunmehr öffentlich als unwahr, daß die fremden Kriegsschiffe seitens der Marine veranlaßt worden seien, sich anderweitig zu verproviantieren, es sei ihnen im Gegenteil mitgeteilt worden, daß alle Vorbereitungen getroffen seien, um ihnen die Verproviantirung in Kiel zu sichern und auf jede Weise zu erleichtern.

Zwei Kinder des Herrn v. Below-Saleske auf Cuxsow bei Schlawe, ein Kadett und dessen achtjährige Schwester, wurden beim Beerenpflücken im Walde von einer einstürzenden Sandgrube verschüttet. Beide Kinder fanden den Erstickungstod.

Kunst und Politik. Das halbamtliche Prager Abendblatt bringt nachstehendes ernsthafte Dementi: "Der Herr Abgeordnete Kramer hat als Generalredner gegen das Budget in seiner Rede im Abgeordnetenhaus die Behauptung aufgestellt, daß der Statthalter Graf Thun Ballettänzerinnen Kränze mit schwarz-gelben Schleifen giebt. Wir sind ermächtigt zu erklären, daß Se. Excellence der Herr Statthalter Graf Thun niemals einer Ballettänzerin einen Krantz gespendet hat." Die czechische Partei im österreichischen Parlamente hat — so wird aus Wien geschrieben — dem Statthalter auch noch das furchterliche Verbrechen vorgesworfen, der Renegatin Fräulein Bospišil einen Krantz — immer in schwarz-gelben Farben — gespendet zu haben. Dieer Krantz erscheint jedoch in dem obigen Dementi nicht aus der Welt geschafft und dürfte daher noch während der Budget-Debatte, vielleicht bei dem Vorschlag des Unterrichts-Ministeriums, eine Rolle spielen.

Viehhaberduell. In Paris ereignete sich dieser Tage folgender Vorfall: Ein 20-jähriger Polizei- und ein 18-jähriger Mechaniker liebten beide dasselbe Mädchen, eine 20-jährige Polletterin. Sie beschlossen, das Duell entscheiden zu lassen, und begaben sich, von dem Mädchen selbst begleitet (!) in die Rue Menilmontant, wo die Geliebte wohnt. Hier nahmen sie an einem Stellte Aufstellung, zogen ihre Revolver heraus und drückten auf ein von dem Mädchen selbst gegebenes Zielchen ab. Jetzt erklang ein lauter Weinhörer: Die Augel hatte das Mädchen statt eines der Gegner getroffen. Die Polizei erschien auf dem Platz, verhaftete die Duellanten und brachte das Mädchen ins Spital, wo es lebensgefährlich davoneilte.

Der famose Nicinus. Viele Leute behaupten, daß die in Blumentöpfen gezogenen und ans offene Fenster gestellte Nicinus-Pflanze schon durch ihren Geruch die Fliegen vom Blümchen fern hält. Das Mittel scheint aber doch nicht einwandfrei zu sein, wie aus folgendem Klagegedicht hervorgeht, das die "Magdeburger Zeitung" veröffentlicht:

Wenn die Fliegen Dich genren, — Mußt Du Deine Wohnung ziereln, — Diesen Räcken zum Verdrüß, — Mit der Pflanze Nicinus! — Also stands zu lesen neulich — In der Zeitung, daß bald eilig — Wandt' zum Gärtner ich den Fuß — Wegen eines Nicinus. — Hal' wie wollt' ich nun die Fliegen — Schnell aus meiner Wohnung tragen! — Denn entwischen müssen sie — Vor dem Dusche Nicini. — Nach die Fenster auferissen, — Daß die Viecher Rath sich wissen, — Wenn bald Alles flüchten muß — Vor der Pflanze Nicinus. — Mich ein wenig zu erfrischen, — Ging ich knielen nun inzwischen, — War ja Alles nun im Schutz — Mit besagtem Nicinus! — Bei der Rückkehr, welch Vergnügen! — Fand ich sicher frei von Fliegen — Mein geliebtes Tuskulum — Durch bewußten Nicinus. — Doch mit des Gelächtes Rächen — Ist kein Fliegenbund zu sieghen; — Das erfuhr ich leider, ob — Heut' noch mit dem Nicino. — Bei der Heimkehr, welch Gesumme, — Welches schreckliche Gebrumme, — Was für Leben, sum, sum, sum, — Um den Nicinus herum. — Fünfmalhunderttausend Fliegen. — Die denselben frisch bestegen, — Senten giebt ihre Küsse — In den Saal des Nicinuss. — Eine halbe Viertelstunde — Stand ich da mit off'm Munde; — Just wie das Mikrokulum — Starre ich an den Nicinus. — Endlich hat es mir gedämmert, — Daß ich gräulich war belämmert, — Und gelangte zu dem Schlus — Holus, polus, Nicinus.

### Polnisches.

Posen, den 11. Juli.

Der Petersburger "Krai" schreibt mit Bezug auf die Miltutschützer-Affäre: "Wir wollen fürs Erste nicht entscheiden, wieviel in der Meinung, die dem Pfarrer Bajadzsch vorauseging, Wahres lag. Wir übergehen die in der ganzen Umgebung von Beuthen feststehende Überzeugung, daß diese Erinnerung geradezu ein allmähliches Germanismen der Gemeinde beweist habe, mit Stillschweigen und wollen nicht in Erwägung ziehen, ob das Verhalten des Pfarrers B. in der That so verleidet gewesen sei, wie das Volk annimmt und ob ihn beim Eintritt die durch Ortsbewohner benannten Personen und die von ihnen beschriebenen Hausrattheite begleitet haben. Neben alles das können wir schwelen. Es ist für uns hinreichend, daß Pfarrer B. als er die entrückte Menge in und vor der Kirche sah und das Schlußwort des Weißen wie die drohenden Stimmen der Männer hörte, nicht im Innern sich gefügt hat, es nicht zum Blutvergießen kommen zu lassen. Es genügt uns, daß er beim Anblick der Mauern, zu deren Aufführung so mancher Bissen, den sich der ungötliche Tagelöhner vom Munde abgedrängt, kein Wort der Bruderliebe gefunden hat und daß er vom Inneren des Pfarrgebäudes her ruhig den Schall der Schüsse hat anhören können. Es herrschen doch manchmal bezüglich der christlichen Tugenden sonderbare Auffassungen. Das Organ des schlechten Konfistoriums fordert heut die Miltutschützer Parochianen auf, sich mit treuem und stedebollen Herzen in Demuth dem verständigen Willen des Kardinals zu fügen. Wenn jedoch der Geist der Miltutschützer gegenüber der geistlichen Behörde Pflicht des Volkes ist, war dann diese Obligkeit nicht hundertmal mehr verpflichtet, sich an das Fühlen des Volkes zu wenden, ehe man mittelst des Karabiniers zu demselben sprach? Ein wenig zu spät kommen die Worte von der Liebe und dem Vertrauen, wenn man vorher bereits den Arm der weltlichen Obrigkeit in Anspruch genommen und versucht hat, dem Pfarrer den Weg zu bahnen — mittelst Bajonet und Augel."

## Votales.

Boien, 11. Juli.

\* Rentengutsgründungen. In der dem Gesetz entwurf betr. das Anerbenrecht beigegebenen Begründung befindet sich eine Nachweisung der nach dem Gesetz vom 7. Juli 1891 im Jahre 1894 erfolgten endgültigen Rentengutsgründungen. Danach wurden in 1894 in der Provinz Posen 52 Güter ganz oder teilweise zur Rentengutsbildung verwandt; der Flächeninhalt dieser Güter betrug 13 491 ha, wovon 6326 ha aufgeteilt wurden. Die Reitgüter (7 165 ha) verblieben noch größtentheils im Besitz der Rentengutsausgeber. Die Zahl der ausgelegten Rentengüter betrug 439, und zwar 9 unter 2½ ha, 64 von 2½ bis 5 ha, 78 von 5 bis 7½ ha, 42 von 7½ bis 10 ha, 187 von 10 bis 25 ha und 59 über 25 ha. Der Tagwerth der Rentengüter betrug 4 550 403 M. oder pro ha 719 M. Die Veräußerer erhielten 629 804 Mark Anzahlung, 3 291 157 Mark Rentenbriefe, 11 227 Mark Privatrenten und 433 759 Mark Hypotheken. Der Betrag der Darlehen in Rentenbriefen für die erstmaligen Einrichtungen beläuft sich auf 113 165 M. Im ganzen Staat wurden seit Inkrafttreten des Gesetzes 474 Güter angekauft mit 112 683 Hekt., wovon 40 208 ha aufgeteilt wurden; der Tagwerth der Güter betrug 32 616 555 Mark. Hiervon hat die Generalkommission in Bromberg 186 Güter mit 47 215 ha angekauft, wovon 26 562 ha aufgeteilt und 2485 Rentengüter gebildet wurden.

Die Ansiedelungskommission hat seit 1886 im Ganzen 34 Bauernhöfe und 130 Güter mit 81 638 ha für 49 556 447 M. angekauft; hiervon sind vergeben im Ganzen 1606 Ansiedlerstellen mit 28 168 ha; dazu 5 Proz. Dotationen, zusammen rund 29 577 ha. Vom 1. April 1895 ab sind zahlbar an Renten 190 000 M., an Pacht 85 000 M., zusammen 275 000 M. jährlich.

m. Ferienkolonien. Mittwoch Nachmittag 5 Uhr erfolgte in der städtischen Turnhalle am Grünen Platz die Entlassung der vom "Verein für Ferienkolonien" in die Sommerfrische zu entsendenden Kinder. Dem feierlichen Akt wohnten außer dem vollzählig erschienenen Damenkomitee der Kreis-Schulinspektor Schulgrärtner, einige Rektoren und Lehrer der städtischen Schulen und Mütter der Kinder bei. Ein Mädchenchor der I. Stadtschule unter Leitung des Herrn Maßke leitete die kleine Feier durch einen ernsten Gelingen ein. Darauf hielt der Schriftführer des Vereins, Rektor Brendel, eine Ansprache. Redner wies auf den Werth der Ferienkolonien für schwächliche Schulkinder hin, er dankte den Behörden für die Unterstützung mit Geldmitteln und allen Freunden und Gönnern für die Förderung des Werkes, und richtete endlich ermahrende Worte an die Kinder, sich des großen Vorzuges der Ferienkolonie würdig zu erweisen. Wegen der dem Verein zur Verfügung stehenden beschränkten Mittel können auch diesen Sommer nur 3 Landkolonien und zwei Stadtkolonien zu etwa je 20 Kindern gebildet werden. Von den Landkolonien geht die Knabenkolonie nach Kurnik und die andere nach Woytostow bei Budowitz. Die Abreise der Landkolonisten erfolgt Montag, den 15. Juli, in den Vormittagsstunden, die Rückkehr am Sonnabend, den 10. August und die Begrüßung in der Turnhalle Mittwoch, den 14. August. Mit Dank erwähnte Rektor Brendel auch, daß die Prinz- und Prinzessin-Wilhelm-Kinderheilanstalt zu Nowrażlaw dem Verein für die dritte Kurperiode 5 Freistellen zur Verfügung gestellt hat. Mit einem munter vorgetragenen Wandersiede des Gesangchors schloß abschließend die Entlassungsfeier. Die Kolonisten wurden von ihren Führern mit Reisevorsätzen versehen und dann entlassen.

\* Der Kantonsschwindler "Bankier" Albert Richter, dessen Verschwinden aus der Reichshauptstadt wir bereits meldeten, hat sich dortigen Blättern zufolge am 1. Juli in Berlin auf dem Bahnhof Alexanderplatz zwei Fahrkarten nach Polen gekauft und ist in Begleitung einer Frauensperson mit dem Nachzuge dorthin abgefahrene. Es bleibt zweifelhaft, ob er wirklich bis Polen gefahren ist. Über die Art, wie er seine Schwundreihen verübt, wird noch Folgendes bekannt: Beim Wiederkommen der Räumlichkeiten für die "Nordsticke Kreditbank", die er für drei Jahre fest genommen hatte, erklärte der Schwundler ehrlich, daß er eine Zwerganlage der Nordsticke Kreditbank in Christiania übernahm und daß der Direktor des Instituts am 3. Juli in Berlin eintreffen und die erste Wierteljahrsumme bezahlen würde. Bei der Auswahl seines Personals, insbesondere der Kassenboten, ist R. recht vorsichtig zu Werke gegangen; ein derartiger Bediensteter erklärte sich bereit, 1000 M. Rauton zu stellen, jedoch wollte er das Geld auf der Reichsbank hinterlegen und R. dann den Depotschein übergeben. Einen so unschuldigen Kassenboten konnte der Schwundler freilich nicht gebrauchen.

n. Besitzwechsel. Das Grundstück Victoriastraße 16, bisher der Witwe Cäcilie Basch, geb. Krombach, gehörig, ist in den Besitz des Kaufmanns Rudolph Chaim, Berlinerstraße 6 wohnhaft, übergegangen.

\* Ordenverleihung. Dem Landes-Dekorationsrat Giese zu Schnedemühl ist der königl. Kronen-Orden 3. Klasse verliehen worden.

\* Ein Gardinenbrand brach gestern Abend 10 Uhr im Hause Neuer Markt Nr. 16 aus. Die alarmierte Feuerwehr kam nicht weiter in Thätigkeit und konnte sogleich wieder abrücken.

## Aus der Provinz Posen.

g. Jutroschin, 10. Juli. [Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Selbstmord. Konkurs.] Vieder ist schon wieder ein Unglücksfall und zwar mit tödlichem Ausgang zu melden. Der noch nicht 50 Jahr alte Ackerwirth Genille im nahen Dorfe Zaborowo war gestern Nachmittag in der Scheune mit Einlegen eingefahrener Garben beschäftigt. Dabei brach eine der Stangen, auf denen er stand, wodurch er so unglücklich auf die Tenne herabfiel, daß er einen Schädelbruch erlitten und in Folge dessen heute früh starb. — In Glemmlin erhängte sich wegen andauernder Kränlichkeit der bereits 86 Jahr alte Müller L. — Über das Vermögen des Kaufmanns Boleslaus v. Swinarski in Gostyn ist gestern das Konkursverfahren eröffnet und der Kaufmann Theodor Wagner darauf zum Konkursverwalter ernannt worden.

I. Bromberg, 10. Juli. [Das Resultat der Berufszählung und Gewerbezählung am 14. d. M. in unserer Stadt ist folgendes: In 9209 Haushaltungen sind anwesend gewesen 22 310 männliche und 21 246 weibliche, zusammen 43 556 Personen, vorübergehend abwesend waren angegeben: 1559 männliche und 458 weibliche Personen, sodass Bromberg 45 576 Einwohner hat, darunter sind Militärs als anwesend angegeben: 3854, als vorübergehend abwesend 1153 Mann. Bei der Volkszählung im Jahre 1890 zählte Bromberg in 8341 Haushaltungen 21 639 männliche und 19 492 weibliche, zusammen 41 131 Personen, sodass seit 1890 die Bevölkerungszahl um 4442 zugenommen hat.

## Telegraphische Nachrichten.

Eisenach, 10. Juli. Das Städtchen Brotterode (Regierungsbezirk Kassel) ist heute größtentheils ein Raub der Flammen geworden. Auch die Kirche, Schule und Post sind mit abgebrannt.

Frankfurt a. M., 10. Juli. Die "Frankf. Zeit." meldet aus Belgrad: Das Bankhaus Hössler in Paris als Kontrollent von 26 Millionen Francs Eisenbahn-Ablösungs-Anleihe legte in der vergangenen Woche Protest bei der serbischen Regierung wegen Einbeziehung dieser Anleihe in den Umtausch in vierprozentige Titres ein. — Wie die "Frankf. Zeit." vermutet, wurde dieser Protest gestern auf telegraphischem Wege zurückgewiesen.

Konstanz, 10. Juli. Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich sind gestern im strengsten Intognito hier eingetroffen und gebeten, dem Vernehmen nach, sich mehrere Tage hier aufzuhalten.

Dresden, 10. Juli. Der württembergische Kriegsminister Frhr. Schott von Schottenhamel ist mit zwei Stabsoffizieren gestern Abend hier eingetroffen und von dem sächsischen Kriegsminister v. d. Blaiz in dem "Hotel Bellevue", woselbst die Offiziere abgestiegen sind, begrüßt worden.

Wien, 10. Juli. [Abgeordnetenhaus.] Nach zweitägiger, zuweilen sehr erregter Debatte wurde heute der Budgetposten "Gill" mit 173 gegen 143 Stimmen angenommen.

Während der Rede des Abgeordneten Kaltenecker, welcher für den Budgetposten eintrat, entstand ein großer Lärm. Die Deutsch-Liberale und die Deutsch-Nationalen unterbrachen den Redner mit zahlreichen Zwischenrufen wie: "Verräther", "Schande für die Deutschen". Diese Zwischenrufe wurden Seltens der Jungczechen mit anderen Zwischenrufen beantwortet. Erst nachdem der Raum eine Viertelstunde gedauert hatte, gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Die stürmischen Unterbrechungen erneuerten sich jedoch, als der Abgeordnete Hofmann-Wellenhof auf die Haltung seines Vorredners den Ausdruck "exrect" antwortete, für den ihm der Vorsthende eine Rüge ertheilte. Im weiteren Verlaufe der Berathung erklärte der Vetter des Unterrichtsministeriums Dr. Mittner, die Gründe, welche das Kabinett Windischgrätz zur Einstellung dieses Postens veranlaßten, seien bekannt; die gegenwärtige Regierung könne nur bitten, denselben die Würdigung und Anerkennung nicht zu versagen. Zu dieser Frage vom politischen Standpunkte aus Stellung zu nehmen, liege der gegenwärtigen Regierung nach der Natur ihrer Aufgabe durchaus fern, dieselbe müsse vielmehr diese Frage der Beurteilung und Entscheidung des Hauses anheimstellen (großer Beifall seitens der Majorität). Dr. Mengler, welcher gegen den Posten sprach, erklärte, die Deutschen möchten aus den heutigen Vorlommrisen die Lehre ziehen, etwa zu Sein und Hand in Hand zu gehen. (Großer Beifall links.) Für den Posten sprach Kobitsch und erklärte, die Kräftigung der Slovenen sei ein österreichisches Staatsinteresse, Gerechtigkeit sei der beste Weg zur Versöhnung. (Großer Beifall rechts.) Der ehemalige Handelsminister Graf Wurmbrand erklärte unter wiederholtem Beifall der Linken, daß die vorgebrachten Gerüchte über seine und Dr. von Blener's Haltung im Ministrerrathe gegenüber der Gillfrage ganz unrichtig seien; wer ihn und v. Blener kenne, könnte über ihre Haltung nicht im Zweifel sein.

Rom, 10. Juli. Die Deputirtenkammer setzte heute die Berathung über die Finanzmaßregeln fort. Nachdem mehrere Redner für und andere gegen die Vorlage gesprochen hatten, ergriff Banardelli das Wort, um die Finanzdekrete als nicht verfassungsmäßig zu bekämpfen. Zwischen dem Deputirtenkammel von der Regierungspartei und Fabriani kam es zu einer tumultuarischen Szene. Unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses nahm hierauf der Ministerpräsident Crispi das Wort zur Rechtfertigung der Dekrete. Er wandte sich gegen den Vorwurf, daß er eine hochtrabende Politik treibe, und führte aus, er habe während seiner ersten Ministerpräsidenschaft 141 Millionen lire und in der jüngsten Zeit weitere Einsparungen erzielt. Es sei die Pflicht der Regierung, von der Nation nur das unumgänglich Notwendige an Steuern zu fordern. Einsparungen zu machen, sei eine Pflicht der Regierung, dies könne aber kein politisches Programm bilden. Sein Programm sei, das Budget durch Steuern und Einsparungen zu stärken. "Das ist das Ziel, das ich mir gestellt habe und um jeden Preis erreichen werde. Ich werde auf die verhältnisvollen Angriffe gegen mich nicht eingehen und bin bereit mich für das Wohl des Landes zu opfern." (Lebhafte lang anhaltender Beifall) Crispi erklärte schließlich, er nehme die Tagesordnung Cibrario an und stelle für die Annahme des ersten Theiles derselben die Vertrauungsfrage. Die Tagesordnung Cibrario lautet: "In Anerkennung der außergewöhnlichen Zwangslage, in der sich die Regierung bezüglich der dringenden Staatsbedürfnisse befand, erklärt die Kammer, daß den finanziellen Defizeten die gesetzliche Sanktion zu geben ist. Die Kammer geht daher zur Berathung der einzelnen Artikel über." Über den ersten Theil der Tagesordnung Cibrario, über den gesondert abgestimmt wird, wird mit 261 gegen 118 Stimmen angenommen. Der zweite Theil wird hierauf durch Aufstehen resp. Sitzenbleiben mit überwältigender Mehrheit angenommen. Rudini, Brini, Banardelli und Cavalotti stimmten mit ihren politischen Freunden gegen die Tagesordnung Cibrario. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Florenz, 10. Juli. Ein Unbekannter spendete der hiesigen Annunziata-Kirche zwei Altarkerzen, die mit Dynamit gesättigt waren.

London, 10. Juli. Eine bei Lloyds aus Gibraltar eingegangene Depêche meldet: Der 1806 Registertons haltende, aus Eisen gebaute Bremer Dampfer "Drachenfels", von Kalkutta nach Hamburg unterwegs, ist gestern an der Küste von Marokko gestrandet. Das Vorberthell des Schiffes ist mit Wasser angefüllt; die Ladung mußte theilweise über Bord geworfen werden. Hilfe ist abgesucht worden. Es herrscht dichter Nebel.

Arboga, 10. Juli. Kaiser Wilhelm trat heute früh um 8 Uhr im besten Wohlsein die Reise nach Stora Sundby zum Besuch des Grafen und der Gräfin Carl von Wedel an und traf daselbst gegen 1 Uhr Mittags ein. Es herrscht schönes Wetter.

Madrid, 10. Juli. Der König und die Infantin Therese sind wieder genesen und machten gestern eine Spazierfahrt. — Marquis Hoyos ist zum spanischen Botchafter in Wien ernannt. Der ehemalige Kolonialminister Bustillo wird wahrscheinlich zum spanischen Gesandten in Brüssel ernannt werden.

Lissabon, 10. Juli. Der Handelsvertrag mit Portugal ist gestern unterzeichnet worden.

Belgrad, 10. Juli. [Skupština.] Der Ministerpräsident Novaković eröffnete die Sitzung durch Verlesung des königlichen Urtages, durch welchen Carrascal in zum Präfekten und Rajkovitch zum Vizepräsidenten ernannt werden. — Eingebracht wurde der Gesetzentwurf betreffend die Konversionsanleihe. Der Präfekttheilte mit, daß ihm von dem Deputirten Tschutschiz eine Interpellation über die

macedonische Frage zugegangen sei; er verlas sodann die Interpellation jedoch trotz des seitens d. Übersetzen vorgebrachten Verlangens nicht, sondern übermittelte sie der Regierung. Bezuglich des Entschlusses der Letzteren hinsichtlich der Interpellation verlautet noch nichts. Die Konversion umfaßt alle Schulden mit Ausnahme der Lotterie- und Tabakkloste im Betrage von 287 786 520 Mark und erfolgt in vierprozentigen Obligationen zu 405 Mark mit zweihundiebzehnjähriger Garantie. Alle bisherigen Einnahmen und die Einnahmen aus dem Petroleummonopol, welche zur Abzahlung dienen, sammelt und verwaltet ein autonomer Monopolsausschuß, bestehend aus sechs Mitgliedern, von denen vier Serben sind, darunter der Gouverneur und der Vizegouverneur der Nationalbank und zwei Vertreter der Kreditoren, welche sämtlich durch königl. Uras ernannt werden. — Der Ausweis über den Stand der Schulden konstituiert im Ganzen 297 595 500 Francs; bis jetzt sind an Kapital 27 087 958 Francs ausbezahlt worden.

Konstantinopel, 10. Juli. Die Pforte wandte sich an die bulgarische Regierung mit dem Wunsche, eine feste Abschließung der Grenze zu bewirken, da neue Banden bei Kresna und Tendize (?) aufgetaucht seien. Die bulgarische Regierung antwortete mit beruhigenden Versicherungen. Trotzdem beabsichtigt die Pforte, nochmals die Mächte zu ersuchen, ermahnd in Sofia einzutreten.

Petersburg, 11. Juli. Aus sicherer Quelle verlautet, die bulgarische Deputation werde dieser Tage vom Zaren empfangen werden. Die Deputation könne jedoch nur darauf rechnen, daß ihre Berichtigungen über die russenfreundliche Strömung in Bulgarien zur Kenntnis genommen werde. Irrg. welche Versprechungen werden russischerseits nicht erfolgen. Man hat die Überzeugung, daß einem in wirtschaftlicher Beziehung nach dem Westen gravitirenden Bulgarien ebenso wie Serbien Russland in wünschenswerther Weise nicht näher treten könne.

London, 11. Juli. Die "Times" melden aus Lima, daß die Peruansche Regierung, die von Bolivien geforderte Genugthuung verwiegert hat.

Portsmouth, 11. Juli. Die Admiralität hatte gestern Abend die Offiziere des italienischen Geschwaders zu einem großen Ball geladen, an dem etwa 2000 Personen teilnahmen. Als der Herzog von Genua, in Begleitung des ersten Lord der Admiralität, Goscher, auf dem Ball erschien, spielte die Kapelle die italienische Nationalhymne. Vor dem Beginn des Balles hatte der bisherige Marine-Kommandant ein Festmahl gegeben, zu dem die höheren italienischen Offiziere geladen waren.

Madrid, 11. Juli. Eine gestern Abend abgehaltene Bäckererversammlung, welche über die Ausstandsfrage beriet, endete in einem Tumult, der die Polizei zum Einschreiten nötigte. Es wurden mehrere Personen verwundet und 60 Verhaftungen vorgenommen. Die Bäcker treten nunmehr in einen allgemeinen Ausstand ein. Die Behörden lassen Brot aus den Nachbarstädten herbeischaffen, sowie durch die Militäräcker solches herstellen.

Antwerpen, 11. Juli. Die liberale Partei hat beschlossen, bei den nächsten Gemeindewahlen einen Bündnis mit den Sozialisten einzugehen wegen deren revolutionären Erklärungen in der Kammer. Dieser Beschluß wird von den Katholiken mit Jubel begrüßt, weil das Antwerpener Rathaus dann von den Katholiken eingenommen werden wird. Die Katholiken wollen mit den Katholischen Demokraten ein Bündnis schließen.

Athen, 11. Juli. Die Kammer hat gestern mit 90 gegen 35 Stimmen die Vorlage abgelehnt, nach welcher die Zahlung der Korinthienseuer zur Hälfte in Geld, zur Hälfte in natura erfolgen sollte.

Sofia, 11. Juli. Das Regierungsblatt meldet die Verhaftung von bulgarischen Schullehrern in den Bezirken in Nescib und Salonti und spricht die Befürchtung aus, daß das Vorgehen der türkischen Lokalbehörden zur Verhüllung nicht befragt werden. Eine Schwadron Kavallerie ist abgesandt worden, um den bewaffneten Banden beim Abmarsch den Weg zu verlegen. Die Schwadron traf jedoch nur heimkehrende unbewaffnete Leute.

## Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

### Fonds-Berichte.

\* Berlin, 19. Juli. Die Anfangskurse der heutigen Börse waren ziemlich behauptet, mehrfach sogar fester, ohne daß jedoch nennenswerthe Umsätze zu Stande kamen. Geschäftliche Stille herrschte wie in den Vortagen; sie schien womöglich noch vermehrt, da die Hitze und die Sölung von Engagements anlässlich von Ferienreisen fortbauen. In der zweiten Börsenhälfte kam dann entschieden matte Tendenz zum Durchbruch, da von Paris ungünstige Berichte kamen. Man bezeichnete den heutigen Platz als überladen in Folge der bisherigen Engagements in fremden Fonds und Minenwerthen, wozu neuerdings die Verbündtschaften der österreichisch-russischen Anleihen kommen sollen. Ferner wirkten einige schwedische Verkäufe von Eisenaktien verständig auf diesen Markt, was ebenfalls die Gesamtrendenz berührte. Im Allgemeinen muß gesagt werden, daß das Zusammentreffen verschiedener Fusionsfälle heute die Kursentwicklung beeinflußt. Von Bankaktien blieben Deutsche Bank höher, sehr gefragt, erst später gaben sie mit der Gesamtrendenz nach, ferner Distincto-Antheile, Credit-Aktien etc. Deutsche Bahnen blieben zunächst behauptet; nur Ostpreussen waren neuverdigt matter. Österreichische Bahnen haben wenig verloren, ebenso schweizerische. Dagegen verloren Italienische Mittelmeerb. und Meridional 1 bis 1½ Prozent, Haupt blieben sich stabil und Kanada fest. Am Montanmarkt legten Kurse fest ein und gaben dann besonders in Hüttentätigkeiten erheblich nach. Von fremden Fonds waren speziell Italiener und Türkloose matt; Mexikaner fest, auch ungarische Kronenrente. Sonstige Gebiete waren abgeschwächt. Am Kasarmarkt waren höher: 4 proz. Consols, Roburg, Kredit-Ges., Deutsche Bank, Rheinisch-Westf. Bank, Kreuzer Eisenbahn, Niederwaldbahn, Stobwasser Lampenfabrik, Bugle Metall-Ind., Kasseler Federstahl, Concordia Spinnerei, Deutsche Gasglühlicht-Gesellschaft, Deutsche Metallpatronen, Görtsch Lüders, Görtsch Körner, Löwe u. Co., Privatdiskont 1½ Prozent. (Nr. 8.)

Breslau, 10. Juli. (Schlußkurse.) Schwächer. Neue 3proz. Reichsanleihe 99,90 3½ proz. L.-Pfandbr. 100,70, Konsol. Türk. 26,10, Türk. Loone 141,25, 4 proz. ung. Goldrente.

